

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 11-12

Artikel: Die Politik der Katholischkonservativen
Autor: Schmid-Ammann, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336744>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

des Freisinns wird damit noch ausgeprägter die der Wirtschaft, der Banken, des Handels, der Versicherungsgesellschaften und der Industrie.

Der Freisinn hätte aber noch eine andere Chance. Er könnte, wie das im April 1943 auf dem Genfer Kongreß der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz von Nationalrat Crittin (Wallis) gefordert wurde, «la démocratie sociale» als Programm auf seine Fahne schreiben.

Aber, wenn er das täte, und zwar nicht nur nominell, sondern in seiner gesamten politischen Pragmatik, was bliebe ihm dann anderes übrig als in der Sozialdemokratie aufzugehen? Die Schlußfolgerung ist damit gegeben: Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz wird entweder liberal-konservativ oder sozialdemokatisch! Hic Rhodus, Hic Salta!

PAUL SCHMID-AMMANN

Die Politik der Katholischkonservativen

Von einer Oppositions- zur Regierungspartei

Der katholischkonservative Teil des Schweizervolkes stand während Jahrzehnten in grundsätzlicher Opposition zum liberalen Bundesstaat. Den Kern dieser Opposition bildeten die im Sonderbundskrieg unterlegenen Stände mit ihrem katholischen Bauerntum und gewerblichen Mittelstand. Ihre Vertreter in der eidgenössischen Politik waren Föderalisten, entschiedene Verfechter der katholischen Staats- und Soziallehre und dementsprechend scharfe Gegner des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. Der siegreiche Freisinn ließ sie deshalb im Bunde lange Zeit nicht zu wirklichem Einfluß kommen. Erst als nach der Verfassungsrevision von 1874 durch Referendum und Initiative Gesetze und Verfassungsfragen vor das Volk gebracht werden konnten, zwang die wachsende Opposition gegen den Manchesterliberalismus die selbstherrlich regierende Freisinnige Partei, ihre Ausschließlichkeitspolitik aufzugeben und die katholischkonservative Minderheit an der Landesregierung teilnehmen zu lassen. So trat im Jahre 1891 nach mehr als vierzigjähriger freisinniger Alleinherrschaft der erste katholischkonservative Vertreter in der Person des Luzerners Josef Zemp in den Bundesrat ein.

In der Folge machte die Annäherung zwischen Freisinn und Katholischkonservativen immer größere Fortschritte. Je mehr die Freisinnige Partei von ihren einstigen antiklerikalnen Freiheitsideen abrückte und zu einer Partei des konservativen Großbürgertums wurde, und je mehr auch im konservativen Lager die kapitalorientierten Kreise Einfluß gewannen, desto leichter verwischten sich die einstigen Gegensätze. Die eigentliche *Wende* aber trat

erst ein, als nach der Annahme des Nationalratsproporz im Jahre 1918 der Freisinn seine absolute Mehrheit in der eidgenössischen Volkskammer einbüßte. Bei der ersten Proporzwahl vom 26. Oktober 1919 verlor die radikal-demokratische Fraktion mit einem Schlag 41 Mandate und ging von 102 auf 61 Sitze zurück. Gleichzeitig gewann die Sozialdemokratie 21 Mandate und zog mit 41 Nationalräten in das erste Proporzparlament ein. Als neue Fraktion rückte mit 30 Mandaten diejenige der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei auf, die sich in verschiedenen Kantonen von den Freisinnigen abgespalten hatte. Die Katholischkonservativen konnten ihren Besitzstand behaupten und waren mit 41 Sitzen im Nationalrat ebenso stark vertreten wie die Sozialdemokraten.

Das Bürgertum, erschreckt durch die sozialdemokratischen Wahlerfolge und erschüttert durch die sozialen und politischen Krisen der ersten Nachkriegszeit, schloß sich enger zusammen. Der Freisinn vollzog eine noch deutlichere Rechtsschwenkung, und seine Schwächen nützten die Taktiker in der Katholischkonservativen Partei geschickt aus. Es gelang ihnen 1919, einen zweiten Vertreter in den Bundesrat abzuordnen – neben dem Tessiner Giuseppe Motta den Freiburger Jean-Marie Musy. Gleichzeitig wurde der offizielle radikal-demokratische Bundesratskandidat, der Lausanner Stadtpräsident Maillefer, abgelehnt und mit Hilfe der Konservativen der rechtsfreisinige Waadtländer Staatsrat Ernest Chuard gewählt. Eine weitere schwerwiegende Konzession räumte der Freisinn den Katholischkonservativen ein, als der Bundesrat im Jahre 1920 mit Zustimmung der radikaldemokratischen Fraktion der Bundesversammlung die Wiederherstellung der seit 1873 aufgehobenen Nuntiatur zuließ. Die Rückkehr des päpstlichen Abgesandten nach Bern bedeutete zweifellos eine Stärkung der politischen Macht des Vatikans in unserem Lande; mit Recht zählte denn auch der bekannte Staatsrechtler, Prof. Fleiner, den 8. November 1920, «an dem der Apostolische Nuntius sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat, zu den großen Tagen des Katholizismus in der Schweiz».

So war aus der einstigen konservativen Oppositionspartei nach einer 28jährigen Minderheitsvertretung in der Landesregierung eine eigentliche *Regierungspartei* geworden, deren Bedeutung der Bundesrat selber unterstrich, als er den beiden katholischkonservativen Vertretern die wichtigen Departemente der Außenpolitik und der Finanzen übergab. Welches Gewicht dem konservativen Partner in dieser neuen Regierungskoalition zukam, geht schon daraus hervor, daß es im Laufe der Jahre den Katholischkonservativen gelang, wichtige Schlüsselstellungen in der eidgenössischen Politik und Verwaltung zu besetzen und dafür zu sorgen, daß künftig keine freisinnige Bundesratskandidatur mehr Wahlausichten erhielt, die nicht der katholischkonservativen Fraktion genehm war. So kam es nach der verunglückten freisin-

nigen Nomination Maillefer zur Ablehnung der offiziellen freisinnigen Kandidaturen Hermann Schüpbach (Bern) und Oskar Wettstein (Zürich) im Jahre 1929 und des Wallisers Crittin im Jahre 1940. Die Landesregierung erhielt damit während zweier voller Jahrzehnte einen eindeutigen Rechtskurs. Der *Bürgerblock* regierte unter maßgebendem katholischkonservativem Einfluß.

Organisation und Politik der Katholischkonservativen Partei

Die Schweizerische Katholischkonservative Volkspartei ist relativ spät, nämlich erst im Jahre 1912, gegründet worden. Es mußten dabei nicht geringe Schwierigkeiten überwunden werden, vor allem Gegensätze zwischen den konservativen Stammländern und der christlichsozialen Diaspora. Auch die Frage, ob eine konfessionelle Partei zu schaffen oder der Einbezug konservativer Protestanten vorzusehen sei, gab viel zu reden. Die Partei gab sich schließlich den Namen «*Schweizerische Konservative Volkspartei*». Sie ließ also das Wort «katholisch» in der Firmabezeichnung aus in der Erwartung, daß auch Anschlüsse konservativer Kreise aus dem nichtkatholischen Lager erfolgen werden. Tatsächlich aber war dies nur eine Tarnung nach außen. In Wirklichkeit war die Konservative Volkspartei von Anfang an eine eindeutig konfessionelle *katholische Partei*, mochten auch da und dort vereinzelte konservative Protestanten mitmachen. Die Partei stellte sich schon mit ihrem Programm vom Jahre 1912 klar auf den Boden der katholischen Weltanschauung, und alle späteren Programme und Richtlinien, die zum Teil sogar die höchste kirchliche Approbation besitzen, sind erfüllt vom katholischen Staatsgedanken und verankert in den Soziallehren der Päpste. Der Katholizismus und die römische Kirche ist die gewaltige Macht, die die verschiedensten Gruppen der Konservativen Volkspartei zusammenhält.

Die Parteiorganisation ist geschickt gegliedert. Die Bauern sind in der katholischen Bauernvereinigung zusammengeschlossen, eine katholisch-gewerbliche Arbeitsgemeinschaft nimmt sich des Mittelstandes an, und die katholischen Arbeiter sind im Christlichsozialen Arbeiterbund organisiert. Das gemeinsame Dach bildet die Schweizerische Konservative Partei, deren Fraktion in den eidgenössischen Räten dieselbe Dreigliederung aufweist.

Politisch steht die Partei auf dem Boden eines konservativen Föderalismus, wirtschaftlich-sozial vertritt sie die römisch-katholische Gesellschaftslehre mit der berufsständischen Ordnung im Mittelpunkt, weltanschaulich bildet die Rekatholisierung der Schweiz das letzte Ziel. Die Verbindung mit dem Klerus ist eng. Dem Zentralkomitee der Partei gehören auch geistliche Vertreter des Schweizerischen Katholischen Volksvereins an, der Dachorganisation aller katholischen Verbände, die hinter der Katholischen Aktion stehen.

Bei Wahlen und Abstimmungen nimmt die Kirche offen für die Konservative Partei Stellung, und mancher Kaplan ist im Nebenberuf faktisch Lokalsekretär der konservativen Ortspartei. Von den Kanzeln herab und in Hirtenbriefen wird allen Katholiken immer wieder ins Gewissen geredet, daß sie politisch und gewerkschaftlich in die konservativen und christlichsozialen Organisationen hineingehörten und es vor allem den Arbeitern und Angestellten nicht erlaubt sei, sich der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften anzuschließen. Dagegen bestehen keine «christlichen» Bedenken, daß die katholischen Unternehmer in den großkapitalistischen Verbänden der Bankiers, der Industrie und des Gewerbes organisiert sind.

Die Parteistärke der Katholischkonservativen weist eine auffallende Stabilität auf. Die Zahl der konservativen Nationalratsmandate in den Jahren 1919 bis 1951 bewegt sich zwischen 41 und 48. Der prozentuale Anteil an der Gesamtheit der Wähler schwankt während derselben Zeit zwischen 21,0 bis 22,5 Prozent. Die Wählerstimmen stiegen entsprechend dem Bevölkerungszuwachs von 156 702 im Jahre 1919 auf 216 616 im Jahre 1951 an. Angewachsen ist der konservative Einfluß besonders in der Ständekammer. Von 1912 bis 1918 besaß die Partei 16 Ständesitze, seit 1935 deren 18, während der Freisinn 1922 im Ständerat noch die absolute Mehrheit mit 22 Sitzen innehatte, seither aber auf 12 zurückgefallen ist. Die Freisinnigen sind also von den Katholischkonservativen überflügelt worden, die nun im Ständerat die stärkste Gruppe stellen.

Großen Kummer bereitet es der Konservativen Partei, die sich gerne als die alleinige politische Vertretung der schweizerischen Katholiken ausgibt, daß trotz andauerndem Gewissensdruck von Seiten der Kirche sich lange nicht alle Katholiken ihr anschließen, sondern eine beträchtliche Zahl von ihnen anderen Parteien angehört. Von der Gesamtbevölkerung der Schweiz sind 40,4 Prozent katholischer Konfession. Der Anteil der Konservativen Partei jedoch an der Gesamtheit der Wähler beträgt nur rund 22,5 Prozent. Es stimmen also lange nicht alle Katholiken konservativ, vor allem nicht in den Städten, wo sich der einzelne der Kontrolle durch die kirchlichen Instanzen eher entziehen kann, zum großen Verdruß der Partei und des Klerus, die denn auch alle Hebel und alle Mittel – erlaubte und verfassungswidrige – in Bewegung setzen, um die katholischen Wähler in den konservativen Parteipferch zu treiben.

Im Fahrwasser der Reaktion

Die Schweizerische Konservative Volkspartei selber ist mehr und mehr in das kapitalistische Fahrwasser geraten. Der einst echte freiheitlich-föderalistische Geist und die soziale Aufgeschlossenheit, wie sie noch zu Zeiten des

großen katholischen Sozialpolitikers Caspar Decurtins bestanden, sind verschwunden. Der christlichsoziale Flügel ist zu einem machtlosen Anhängsel der Konservativen Partei geworden, sonst wäre es ja kaum denkbar gewesen, daß christlichsoziale Politiker gleichzeitig Sekretärposten von großen Unternehmerverbänden bekleiden könnten. Es kann also keine Rede davon sein, daß nach dem Wort eines prominenten christlichsozialen Parlamentariers die Partei «rechts steht und links denkt». Das ist eine glatte Täuschung der christlichsozialen Arbeiter, die man für die konservativen Parteizwecke braucht und mißbraucht. Die Partei aber steht nicht nur, sondern denkt und handelt auch rechts. Diese Feststellung hat jüngstens das konservative «Vaterland» selbst gemacht, als es die Finanzvorlage vom 6. Dezember mit der Begründung ablehnte: «Der Kompromiß liegt uns zu weit links von der Mitte.»

Tatsächlich war das Denken wie der Standort der Katholischkonservativen in den letzten dreißig Jahren eindeutig rechts. Sie gehörten zu den Hauptstützen der *Bürgerblockpolitik* der letzten zwanziger und dreißiger Jahre, deren «Höhepunkte» nur mit den drei Hinweisen skizziert sei: das Maulkrottengesetz (Lex Häberlin), der Versuch, den Achtstudentag aufzuheben und die 54-Stunden-Woche wieder einzuführen (Lex Schultheß) und die Lohnabbauvorlage (Lex Musy). Einen noch schärferen Rechtskurs steuerten die Katholischkonservativen zur Zeit des *Faschismus und Nationalsozialismus*. In ihren Reihen fanden sich zahlreiche Sympathisanten des Mussolini- und Hitlerregimes. Zwischen den Konservativen und den neuen Gebilden der «Fronten» und «Bünde» entstanden manche Querverbindungen. In der konservativen Presse und Partei, vor allem im Lager der Jungkonservativen, sagte man der «entarteten» freiheitlichen Demokratie offen den Kampf an und propagierte statt dessen den *katholischen Ständestaat* unter der Autorität der römischen Kirche. Antisemitismus, Freimaurerhetze und Bolschewistenschreck gehörten nicht nur zum propagandistischen Rüstzeug der Nazifrontisten, sondern auch der Konservativen. Belgische und französische Faschistenführer, wie Degrelle, Doriot und de la Rocque fanden begeisterte Zustimmung, und die Diktatur Francos ist noch heute Gegenstand der Bewunderung konservativer Leitartikler.

Noch ausgeprägter wurde diese *antidemokratische Einstellung* während der ersten Kriegserfolge der Achsenmächte. Mit Genugtuung wurde der Zusammenbruch der französischen Republik und Pétains klerofaschistisches Regime registriert, und im konservativen Oltener «Morgen» die in Paris einmarschierenden Soldaten Hitlers als «die Kriegsadler einer neuen, dynamischen und heroischen Epoche» begrüßt, «die dem Jammer um den Untergang des Abendlandes die Fanfare zum Aufstieg des Abendlandes entgegenzusetzen bereit sind». Man wähnte damals auch in der Schweiz die Zeit des nationalen Umbruches als gekommen. Der Bundesrat richtete am 25. Juni

1940 seinen Radioappell an das Volk, es möge auf «veraltete Formen» verzichten, demokratische «altväterische Gewohnheiten» beiseite legen, «ausgefallene Wege» verlassen und sich der «Führung des Bundesrates» anvertrauen, der künftig nicht mehr lange diskutieren und fackeln, sondern «aus eigener Machtvollkommenheit» handeln und sich dem «Rhythmus der Ereignisse» anpassen werde. Wie diese Anpassung gemeint war, wurde dann bald ersichtlich, als der Kreis um Bundesrat Philipp Etter herum mit Plänen umging, die darauf abzielten, die Presse scharf an die Kandare zu nehmen, das Parlament auszuschalten und die politische Macht völlig in die Hände des autoritär waltenden Bundesrates, wenn möglich gar eines «Regierenden Landammannes der Schweiz» zu legen, der wahrscheinlich katholischkonservativer Herkunft hätte sein müssen. Glücklicherweise scheiterten diese Spekulationen am Widerstand und an der Wachsamkeit des Volkes und seiner Vertreter.

An dieser Einstellung der Katholischkonservativen Volkspartei hat sich in den Nachkriegsjahren grundsätzlich nichts geändert. Nach wie vor gehört es zu einem ihrer Hauptziele, die freiheitlichen Bestimmungen aus unserer Bundesverfassung auszumerzen, das Jesuiten- und Klosterverbot aufzuheben, die neutrale Staatsschule zu beseitigen, die Gewissens- und Koalitionsfreiheit dem katholischen Arbeiter und Angestellten zu versagen. Die Partei ist nicht nur konservativ geblieben, sondern immer *reaktionärer* geworden, wie denn überhaupt der Politische Katholizismus bei uns wie in Westeuropa zu einem Hauptpfeiler der gegenwärtig herrschenden Reaktion geworden ist. Seine Vertreter stehen an den Schalthebeln der Wirtschaft und sitzen in den Verwaltungsräten der Großbanken, der Industrieunternehmungen und der Versicherungsgesellschaften. Die Lehrsätze und Forderungen der sozialen Päpste sind oft nur noch Schau- und Propagandastücke für die gutgläubigen Bauern und Arbeiter; denn faktisch ist hier bei uns wie anderwärts die Politik der Katholischkonservativen nicht weniger kapitalistisch geworden wie diejenige des Freisinns. Aus ihren Reihen kam denn auch Opposition gegen das große Sozialwerk der AHV, und in den Auseinandersetzungen um die Frage der Bundesfinanzreform standen zahlreiche führende konservative Politiker in engem Schulterschluß mit den Kreisen der Hochfinanz und bodigten mit diesen zusammen das *Verständigungswerk vom 6. Dezember*.

Wie der Freisinn sind auch die Katholischkonservativen in tiefe Widersprüche mit manchen ihrer eigenen Grundsätze geraten. Sie geben vor, nicht eine bürgerliche, sondern eine «christliche» Politik zu vertreten und gehören heute zu den treuesten Knechten des großkapitalistischen Bürgertums. Sie erheben den Anspruch, eine staatserhaltende Partei zu sein und sind ein Sammelbecken der politischen Negation geworden. Sie gefallen sich in der Rolle des sparsamen eidgenössischen Hausvaters, aber die ungenierteste Sub-

ventionsbettelei ist in ihren Reihen anzutreffen. Sie spielen sich auf als die Schirmherren eines gesunden Föderalismus, aber ihr Föderalismus ist nicht viel mehr als ein Mittel, um in den katholischen Kantonen die Vorherrschaft der Konservativen Partei so lange wie möglich zu halten und in einem schwachen Bund zu maximalem Einfluß zu gelangen; denn von den Kommunisten abgesehen wird keine Partei geistig und weltanschaulich zentralistischer und autoritärer gelenkt als diejenige der Katholischkonservativen. Vom echten Konservatismus und Föderalismus, in dem noch ein gutes Stück urtümlicher Freiheit lebendig war, haben sich die heutigen Katholischkonservativen soweit entfernt wie die jetzigen Freisinnigen vom Liberalismus der 48er Radikalen. Hier wie dort ist man angesichts des politischen Bankrottes, den die Politik dieser beiden Parteien erlitten hat und der nach dem 6. Dezember allen Augen sichtbar geworden ist, versucht, zu fragen:

*Sag an, Helvetien, du Heldenvaterland,
Wie ist dein altes Volk dem jetzigen verwandt?*

HANS NÄGELI

Landesring — politisches Spektrum

Unter politischen Parteien versteht man im allgemeinen Sinne Vereinigungen von Personen mit ungefähr gleichen Anschauungen und Bestrebungen. Parteien, die auf dem Boden der Demokratie stehen, gewährleisten ihren Mitgliedern selbstverständlich das Recht der freien Meinungsäußerung bei der Abklärung ihrer Stellungnahme zu Tagesproblemen und grundsätzlichen Fragen. Die Grundlage der Tätigkeit einer Partei und den Kristallisierungspunkt des Willens ihrer Mitglieder bildet das Parteiprogramm. Wer sich über die Ziele einer Partei orientieren will, kommt ohne Kenntnis ihres Programmes nicht zurecht. Die Tagespolitik allein läßt ein schlüssiges Urteil nicht immer zu.

Der Landesring der Unabhängigen besitzt kein eigentliches Parteiprogramm. Seine Genesis weist auf weitere Besonderheiten hin, die denn auch weitgehend Haltung und Politik des Landesrings beeinflussen. Insbesondere ist zu beachten, daß er ausdrücklich als Bewegung auf der Basis eines geschäftlichen Unternehmens durch dessen Inhaber gegründet wurde. Nicht unwesentlich ist auch der Zeitpunkt der Gründung.

Im Jahre 1935 unternahm eine breit angelegte Gemeinschaft des werktätigen Volkes mit dem Mittel der Kriseninitiative den Versuch, die damalige trostlose Krisenpolitik des Bürgertums durch zielbewußte, aktive Konjunktur-